

Stadtverordnetenversammlung 27.05.2024

Haushaltsrede Peter Kock, SPD-Fraktion, zum Top 4 Haushaltssatzung 2024

-Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zunächst etwas zum Verfahren der Haushaltsberatungen sagen: Die SPD-Fraktion hat seit Einbringung des Haushaltsentwurfs im März darauf gepocht, heute zu einem Beschluss zu kommen. Das ist wichtig für uns alle, weil gute Maßnahmen vorangehen.

Es ist kein Wunder, dass gerade dieser Abschluss bei der Ausgangslage mit einem Defizit

von über 50 Millionen und einer ebenso belastenden mittleren Finanzplanung lange

Beratungen brauchte, dass er **uns schwerfällt und Kompromisse abnötigt**. Lassen sie mich

ebenso deutlich sagen, dass wir gemeinsam, Verwaltung und Politik, verhindern sollten,

nochmal einen Haushalt über Ostern und in dieser Zeit zu beraten. Es ist für alle Seiten,

gerade für uns als Ehrenamtliche, schwer zumutbar, das darf uns nicht wieder passieren.

Deshalb drängen wir ausdrücklich darauf, den kommenden Haushalt 25 bis zum

Jahresende zu beschließen und zu einer frühen Einbindung von Politik zu kommen. Wenn

wir frühzeitig im Boot sind, können wir das gemeinsam schaffen, denn die Grundlagen sind ja

bereits mit diesem Haushalt ausgelegt. Übrigens haben wir gemeinsam mit dem Beschluss

des freiwilligen Haushaltssicherungskonzepts im letzten Jahr einen klugen Startschuss

gegeben. Weiterhin sind wir in der freiwilligen Sicherung. Unser Bestreben als SPD-Fraktion

ist ganz deutlich: **Wir wollen weiter das Heft des Handelns in der Stadt halten, wir wollen**

keine pflichtige Haushaltssicherung. Dazu haben wir in den vergangenen guten

Haushaltsjahren eine Rücklage bilden können, die uns genau in den kommenden Jahren

helfen kann, um die uns viele Kommunen beneiden und mit der jetzt sorgsam umgegangen

werden muss. **Einen weiteren Griff in diese Rücklage, wie sie die CDU hier vorgeschlagen**

hat, lehnen wir ab.

Wir erkennen an, dass die Haushaltsaufstellung angesichts des einzuplanenden Defizits für

dieses Jahr besonders schwierig war. Wir müssen uns klar machen, dass die Verwaltung uns

hier heute einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Und uns mehr ist der Beitrag der

Verwaltung zur Einsparung von rund 27 Millionen hier ausdrücklich zu würdigen, dies betrifft

im Übrigen ebenso den Personalbereich. Daher gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern in der gesamten Verwaltung, dem Vorstand und besonders der Kämmerei sowie

dem Kämmerer und unserem Bürgermeister selbst für diese Arbeit und für die Bereitschaft,

unsere Fragen jederzeit zu diskutieren. Ich bedanke mich ebenso bei den Kolleginnen und

Kollegen aus den Fraktionen für den respektvollen, wenn auch nicht immer konsensualen

Austausch. Wie wir hier mehrheitlich in Minden damit umgehen, ist angesichts der häufig

andernorts aufgeheizten Stimmung zu würdigen.

Ich habe bereits in anderer Sitzung gesagt, wir müssen hier mit dem Zahlenwerk in Minden

selbst klarkommen. Es nützt nichts, auf Hilfen dieser Landesregierung zu hoffen. Bisher

kommt von dort nichts Konstruktives zu den Vorschlägen des Bundes und nur finanzielle

Trickserei für uns als Kommunen aus dem Hause Scharrenbach. Einen gezielten, einen klaren

Plan, wie wir als Kommunen die krisenhaften Zeiten bewerkstelligen und unsere Aufgaben erledigen können, gibt es nicht. Auf dem jüngsten Städtetag NRW wurde das einmal mehr bewiesen, **es gibt keinen Anschluss unter dieser Nummer in Düsseldorf, wir sind auf uns selbst gestellt.** Zugleich werden die Belastungen seitens der höheren Kommunalverbände LWL und Kreis weiter steigen, Herr Lunemann hat uns das hier im Saal sehr deutlich gemacht. Reduzierungen dort werden von der politischen, schwarz-grünen Mehrheit in der Landschaftsversammlung abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund sind zukunftsweisende Entwicklungen für unsere Stadt und unsere Verwaltung nötig. Dafür sind die Organisationsentwicklung und Aufgabenkritik eines der Schlüssel. Auf die beiden diesbezüglichen Anträge zur Organisationsuntersuchung vom Haushaltsbeschluss für 2023 haben wir bis heute keine klare Antwort erhalten. Wir haben den CDU/FDP-Antrag im letzten Jahr ausdrücklich unterstützt und einen eigenen zur Elternbeitragsberechnung eingebracht. **Das formulierte Ergebnis zur Organisationsentwicklung im Haushaltssicherungskonzept ist uns deutlich zu wenig.** Deshalb werden wir den FDP-Antrag unter Top 15 zur Organisationsentwicklung unterstützen.

Zum konkreten Haushalt 2024:

Der Entwurf vom März wies für uns als SPD noch deutliche Defizite auf. Die mittlerweile eingebrachte Änderungsliste nimmt viele Punkte auf, die wir als Fraktion und Partei ansonsten selbst eingebracht hätten. **Mit den Rücknahmen von Maßnahmen vor allem im Bereich Soziales, in verschiedenen Bereichen der Kultur- und Wirtschaftsförderung ist das Haushaltssicherungskonzept zustimmungsfähig geworden. Diese Rücknahmen waren für uns aber auch eine Voraussetzung für die Zustimmung.** Dabei seien nur die Stichpunkte Jugendarbeit, Chancen für Geflüchtete, Erhalt der Breite der kulturellen Angebote und Innenstadtaktivierung als wesentlich genannt.

Für den nächsten Haushalt werden wir als SPD-Fraktion die Arbeit der Quartiersmanagements zum Thema machen. Wir akzeptieren die Kürzungsbeiträge für dieses Jahr, werden aber Rücknahmen der Kürzungen im sachlichen wie im personellen Bereich für 2025 beraten, ebenso die Rücknahme der Streichung des Quartiersmanagements in der Innenstadt.

In unseren Beratungen haben die Erhöhung der Hebesätze, also der Steuern, eine große Rolle gespielt. Das ist klar, weil wir Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen belasten. Dabei muss nochmal klar sein: **Wir müssen hier in der Stadt allein klarkommen. Wir müssen dafür sorgen, dass Minden ein guter Wohnort mit vielfältigem Angebot und für die Wirtschaft ein guter Standort bleibt.** All das haben wir lange, auch in schweren Konsolidierungsjahren geschafft und das gilt es zu erhalten. Deshalb muss die Verwaltung funktionieren und im Dienst der Bürgerinnen und Bürger arbeiten und dafür eine vernünftige, zukunftsfähige Basis haben. Aus all diesen Gründen wird es nach 10 bzw. 11 Jahren nötig sein, die Hebesätze auch in Minden anzuheben. **Wir haben uns von Anfang an für eine Reduzierung der Erhöhung der Grundsteuer B ausgesprochen. Statt wie im**

Haushaltsentwurf vorgesehen 560 Punkten, sehen wir den fiktiven Hebesatz von 501 als sinnvoll und ausreichend an. Das bedeutet eine deutliche Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger etwa in Höhe von 1,9 Mio., Das ist auch angesichts der in 2025 kommenden Grundsteuerreform wichtig. Ein Verzicht auf diese Mindest-Erhöhung von 460 auf 501 würde bedeuten, Geld über die üblichen Schlüsselzuweisungen zu verlieren. Das können wir uns in unserer Situation überhaupt nicht leisten. Zugleich sehen wir es als notwendig an, die Gewerbesteuer leicht zu erhöhen, wie wir es übrigens vor 11 Jahren zuletzt um 15 Punkte getan haben. **Bei beiden Hebesätzen stehen wir, gemessen an dem, was in dieser Stadt mit zentraler Funktion geboten und geleistet wird, im Vergleich in unserer Region weiter gut dar.**

Für uns ist wichtig, dass alle Seiten einen Beitrag leisten und dazu gehören eben beide Hebesätze. Zugleich gehört dazu, dass wir auch im Stellenplan zusätzliche Einsparungen erzielen können. Diese sind von der Verwaltung im Umfang von 3,25 Stellen aus dem Mehrstellenplan für dieses Haushaltsjahr vorgestellt worden. Um hier einen weiteren Beitrag zur Reduzierung, bei gleichzeitiger, moderater höherer Belastung von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft erzielen zu können, war es uns wichtig, diese Kürzungen zu erzielen.

Wir werden uns über diese Aufgaben und den Stellenplan insgesamt in puncto Zukunftsfähigkeit, Organisation und Aufgaben für den nächsten Haushalt unterhalten müssen.

Meine Damen und Herren,

auch für Politik heißt es, Kürzungen und Maßnahmen hinzunehmen. Für uns gilt das gerade bei den Quartiersmanagements und bei verschiedenen Maßnahmen im Sozialbereich. Wir haben über die Maßnahme der Gebühren für Aufenthaltstitel diskutiert, etwas, was besonders Belastete in unserer Stadt spüren werden. Wir haben über den Kulturbereich gesprochen und auch über die Verwendung des Nachlasses des Ehepaars Probst. Wir sind dankbar und freuen uns, dass es durch diesen Nachlass möglich werden wird, auch Neues auf den Weg zu bringen. Allein **das zeigt, dass wir nach wie vor Ideen in dieser Stadt haben, dass wir nach wie vor handlungs- und gestaltungsfähig sind und Minden auch in schwierigen Haushaltszeiten voranbringen können.**

Und lassen sie mich angesichts dieser vielfältigen Krisenzeit für die SPD-Fraktion eines ganz deutlich sagen: Wir werden weiter den Haushalt solide gestalten, wir werden investieren in diese Stadt und wir werden den Zusammenhalt aller, alter wie neuer und neu hinzukommenden Mindenerinnen und Mindener stärken. Wir werden uns für den Erhalt der Lebensgrundlagen und unsere Demokratie einsetzen.

Die SPD-Fraktion hat bewusst auf weitere Anträge verzichtet. Wir sollten das HSK-Paket jetzt wie vorgelegt verabschieden und weitere Maßnahmen, auch denen, die die CDU in einem Papier in die Diskussion gebracht hat, fachlich für den kommenden Haushalt 2025 gemeinsam beraten. **Dann werden wir – wie immer – einen guten gemeinsamen Mindener Weg finden.** Vielen Dank.